




Bundeslandwirtschaftsministerium startet Projekt in Sierra Leone zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung

Bundeslandwirtschaftsministerium startet Projekt in Sierra Leone zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung
Mit einem neuen Projekt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zusammen mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) soll das "Menschenrecht auf Nahrung" in Sierra Leone landesweit umgesetzt werden. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt in zwei Distrikten des Landes hat das BMELV den Startschuss für die Ausweitung des Projektes auf ganz Sierra Leone gegeben. Dr. Robert Kloos, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, erklärte in diesem Zusammenhang: "Die Bundesregierung hatte sich im Rahmen der FAO mit Nachdruck für das Recht auf Nahrung als Grundlage der weltweiten Hungerbekämpfung eingesetzt. Dieses Recht darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss praktisch umgesetzt werden. Ich freue mich, dass wir diesen Prozess weiterhin vor Ort unterstützen können." Bei dem dreijährigen Projekt mit dem Titel "Mainstreaming food and nutrition security and the right to food into the Smallholder Commercialization Programme" (zu deutsch: "Integration der Ernährungssicherung und des Rechts auf Nahrung in das Kommerzialisierungsprogramm für Kleinbauern") geht es um die Entwicklung von geeigneten rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Ernährungssicherung. Ziel ist es, die Regierung Sierra Leones sowie deren Partner bei der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen ihres Programms für Kleinbauern zu unterstützen. So soll das Recht auf Nahrung gefördert und die Qualität der Ernährung verbessert werden. Das BMELV fördert das Projekt mit insgesamt rund 1,8 Millionen Euro. Im Rahmen des Projektvorschlags führt das BMELV seine Unterstützung der Ernährungssicherung in Sierra Leone weiter. Verschiedene Programme stärkten bereits seit 2003 die Politik der Regierung, die sich am Recht auf Nahrung orientiert. So hat sich Sierra Leone zum Ziel gesetzt, den Landwirtschaftssektor zum Motor der Entwicklung des Landes zu machen. In diesem Zusammenhang wurde ein ehrgeiziges Kommerzialisierungsprogramm für Kleinbauern ins Leben gerufen. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass die bisherigen Investitionen in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Reis, Früchten und Gemüse nur wenig zur Verbesserung der Ernährungssituation beigetragen haben. Dies ist der Ansatzpunkt des neuen Projektes. Es zielt darauf ab, Maßnahmen wie Ernährungserziehung, Diversifizierung des Anbaus, die Errichtung von Schulgärten, Verarbeitung von Ernteproduktion und Investitionen in arbeitssparende Technologien in die nationale Landwirtschaftsstrategie zu integrieren. Somit werden wirtschaftliche und ernährungsrelevante Aspekte kombiniert. Der Mehrwert liegt dabei in der Stärkung der Regierungsführung und der Koordination auf nationaler- und Distrikt-Ebene sowie in der Umsetzung praktischer Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssituation ländlicher Familien. Die Zielgruppe ist das Personal der Regierung auf nationaler und Distriktebene sowie deren Partner, die einen Bezug zur Ernährungssicherung haben. Neben Trainingsmaßnahmen zur Ernährung durch Landwirtschaftsberater ist auch die Entwicklung einer Kampagne zu Produktion und Konsum von lokal verfügbaren, vielfältigen und nahrhaften Nahrungsmitteln vorgesehen.
Kontakt: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_ =506328 width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.